DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 24 ab Samstag, 24. Oktober 2020 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck »Crowdfunding« bitte an KDW e.V./Lenz IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Collage Ute Feuerstacke/DW

DER COVID-WAHNSINN

- grundgesetzwidrig
- unwissenschaftlich
- zerstörerisch

GESUNDHEIT SIEHT ANDERS AUS

»Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen«, so die Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO. Deren Pandemiepolitik hat die Welt ins Elend gestürzt.

Zerstörte Existenzen, zerrissene Gesellschaft, Leichen in abgeschotteten Wohnungen (Seite 7): Der Ausnahmezustand wurde wegen »Schreckensbildern« ausgerufen, hat selbst jedoch ungeheuer viel mehr Leid erzeugt. Die Begründung dafür war von Beginn an schulmedizinisch nicht haltbar (Seite 3). Es geht um Wirtschaftsthemen (ab Seite 6), im Zuge derer Medien (Seiten 1 und 4) wie Gewerkschaften (Seite 2) gleichgeschaltet wurden. Spätestens mit der »zweiten Welle« wird nun auch dem Letzten klar: Das Pandemie-Regime ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Demonstrationen der Demokratiebewegung mit Millionen Teilnehmern gehen weiter (Seite 5). Ziel: Das Ende des Ausnahmezustandes und die Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes (Seite 8).

Symbol der Pressefreiheit: »Der Fall Assange«

Das Verfahren gegen Julian Assange ist kein Prozess. Es ist ein Fuck-up. Wenn Assange ausgeliefert wird, ist der investigative Journalismus tot. »Der Fall Assange: Unser Schweigen, unsere Komplizenschaft« *von Milosz Matuschek*

Dies sollte einmal ein Prozessbericht werden. Es ging nicht. Einmal wegen Corona und auch weil letztlich aus London nie eine Akkreditierung kam. Der Prozess gegen Julian Assange ist ein Unfall mit Ansage. Ein vorsätzlich herbeigeführter Unfall. Und deshalb ist dies ein Unfallbericht.

Gerade läuft in London ein Jahrhundertprozess. Gut, es ist Wenigen aufgefallen, denn viel berichtet wird nicht. Es passiert nicht häufig, dass in der westlichen Welt ein Journalist vor Gericht steht, der seit Jahren Informationen über Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Massenüberwachung, Korruption und sonstige Missstände von öffentlichem Interesse veröffentlicht – und dafür angeklagt ist. Das sind Dinge, die eigentlich in Zeitungen enthüllt gehören.

Assange soll in die USA ausgeliefert werden, wo er wegen Spionage angeklagt ist, gestützt auf ein Gesetz von 1917. Es wäre ein Präzedenzfall, eine Überschreitung sämtlicher Grenzen. Julian Assange ist eine Person, in der auf besondere Weise die Zeitläufte zusammenlaufen: Wikileaks ist ein Asyl für geheime Informationen. Es funktioniert wie eine Babyklappe im Internet. Ein unzensierbares, nicht zurückverfolgbares System zur massenhaften Weitergabe von Geheimdokumenten und ihrer Analyse. Jeder Leak zeigte den Mächtigen: Ich sehe das, was ihr nicht wusstet, dass ich sehe. Sonst hättet ihr es vielleicht nicht gewagt. Und ich zeige es allen. Ihr könnt euch nie mehr sicher sein, wenn ihr etwas Kriminelles tut, egal ob es Kriegsverbrechen von Staaten, Steuerhinterziehung von Banken oder die Methoden von Scientology sind. Das ist für Mächtige ein Affront. Eine Beleidigung. Die ultimative Kampfansage. »Eine soziale Bewegung zum Aufdecken von Geheimnissen«, so Assange, »könne viele Regierungen stürzen, die sich darauf stützen, dass sie die Realität verschleiern – einschließlich der US-Regierung.« Wie verhindert man also den Verrat Mächtiger an der Demokratie? Leaks sind ein brutales, aber letztlich einzig mögliches, und daher notwendiges Mittel. Die Ultima Ratio. Die Snowden-Enthüllungen sind ein gutes Beispiel: Edward Snowden hatte keine andere Möglichkeit, als das Datenmaterial über die Massenüberwachung von NSA & Co. zu entwenden. Er musste die Beweisstücke veröffentlichen und Geheimnisverrat begehen, um die illegale Massenüberwachung von Bürgern in aller Welt durch ihre Regierungen offenzulegen.

VOM STAR ZUM DISSIDENTEN DES WESTENS

Assange veröffentlichte ab 2006 zuerst Dokumente über Wahlfälschung in Kenia, über die Praktiken von Scientology und die Steuerhinterziehungstaktiken von Banken. Er wurde gefeiert und mit Preisen überhäuft. Wikileaks landete seit seiner Gründung im Jahr 2006 mehr journalistische Coups als die New York Times und Washington Post in 30 Jahren. Das Blatt wendete sich ab dem Jahr 2010, als Assange begann, sich verstärkt durch Veröffentlichungen mit den USA anzulegen. *Collateral Murder*, das bekannte Video von dem Hubschrauberangriff auf Zivilisten im Irakkrieg, bei dem auch zwei Reuters-Journalisten ums Leben kamen, ging um die Welt. Die US-Militärs legten dem Reuters-Verantwortlichen im Irak, Dean Yates, damals Fotos vor, auf denen Kalaschnikoffs und Raketenwerfer zu sehen waren, um zu zeigen, dass die Getöteten bewaffnet waren. Lügen in Zeiten des Krieges, wie wir heute wissen. Was seitdem passieren sollte, konnte man grob schon 2012 nachlesen, wieder auf Wikileaks, und zwar in privaten Mails der als Schatten-CIA bekannten Firma Stratfor: »Lasst ihn uns die nächsten 25 Jahre von einem Land ins nächste verlegen und ihn mit Klagen überziehen. Zieht alles ein, was er und seine Familie besitzt, um jede Person in Verbindung mit Wikileaks einzubeziehen.«

Assange hatte allen Grund, misstrauisch zu sein, auch auf jegliches Vertrauen selbst gegenüber seinen besten Freunden zu verzichten. Er las seine Zukunft schlicht aus den Unmengen von geheimen Daten, die ihm sein System Wikileaks anspülte. Misstrauen war seine Lebensversicherung. Dabei hätte das Verfolgen der Nachrichten auch schon genügt. Journalisten und Politiker fabulierten öffentlich darüber, warum man »den Hurensohn nicht einfach abknalle«.

Seine Computer wurden konfisziert, Wikileaks mit FBI-Leuten infiltriert, Misstrauen gesät. Der seit 2012 in der ecuadorianischen Botschaft in London im politischen Asyl sitzende Assange wurde seit 2015 rund um die Uhr durch die Firma UC Global überwacht, sogar seine Vergiftung wurde erwogen. Stoff aus einem Spionagethriller. Sowas kann man sich fast gar nicht ausdenken.

JETZT AUCH NOCH EIN SCHAUPROZESS

Der zynische Höhepunkt des Spektakels ist nun der juristische und öffentliche Umgang mit Assange. Dass dieser Prozess überhaupt stattfindet, ist eine Farce. Erst das Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London, dazu Einzelhaft, psychologische Folter, wie Experten, Ärzte und der Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, letztes Jahr aufdeckten. Es gibt keinen Zweifel: Julian Assange ist ein politischer Gefangener.

Allein die Tatsache, dass Gespräche Assanges mit Ärzten, Anwälten, Vertrauten in der Botschaft ausspioniert wurden, dürfte genügen, um den Prozess zum Platzen zu bringen. Wem nützt dieses unwürdige Spektakel? Warum gibt sich der britische Staat diese unglaubliche Blöße?

Weiter auf Seite 4



ZERSTÖRUNG DES CORONA-HYPES

LAUDATIO ***Preis der Republik geht an Sebastian Götz*** *von Samuel Gfrörer*



Im Juni 2020 wird ein *Youtube*-Video bekannt, das in seiner Klarheit sofort aus der Masse von Propaganda und Gegenpropaganda hervorsticht: »Die Zerstörung des Corona Hypes«.

Hinter dem frechen Titel verbirgt sich eine differenzierte Abhandlung, die in einer Stunde die Kritik an den weltweiten Coronamaßnahmen mit ungewohnter Schärfe auf den Punkt bringt. Der Autor ist ein junger Psychologiestudent aus Ulm. Seine Ausführungen eröffnet Sebastian mit einer starken These: »Ich wette mit dir, dass du es nicht schaffen wirst, dieses Video bis zum Ende anzuschauen, ohne am Ende der Meinung zu sein, dass die Maßnahmen, der *Lockdown* und die Kontaktsperren zu keinem Zeitpunkt gerechtfertigt waren.«

Aus der leidenschaftlichen Stellungnahme spricht die Liebe zur Wahrheit und das Vertrauen in die Wissenschaft und einen offenen Diskurs. Sebastian liefert eine argumentative Steilvorlage, und stellt seine Thesen ausdrücklich zur Diskussion. In einem gesellschaftlichen Klima, in dem an die Stelle von Argumenten zumehmend autoritäres Denken tritt, stellt sich Sebastian auf die Seite von Aufklärung und Rationalität. Das erfordert Courage und zeugt von hoher Integrität. In seiner Haltung bündelt sich der Mut zur eigenen Meinung mit einer besonderen Klarheit des Verstandes.

Die Kritik an den Coronamaßnahmen über verschiedene Disziplinen hinweg und in dieser Prägnanz zusammenzutragen, ist eine Leistung, an der sich die Gesellschaft noch lange abarbeiten wird. Was unzweifelhaft ist: Die Wahrheit wird sich gegen die Corona-Lüge historisch durchsetzen und die *Hater* in die Schranken weisen.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Sebastian Götz für seinen Mut und seine ehrliche, offene Haltung verliehen. Diese Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Christine Lambrecht, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Fiederike Pfeiffer-de Bruin.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 24. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

* Spenden mit Verwendungszweck »Vereinsspende« gern an KDW/Lenz, IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.

A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. – Please take into consideration; the current German government and the EU are not that what the may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you. – Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

An alle demokratischen Gewerkschafter!

Aus dem Newsletter von ANKE WOLFF, www.demokratischegewerkschaft.de



An alle DG-Mitglieder und Interessenten, an kritische und wache Bürger, an Erwerbstätige und Steuerzahler!

Derzeit wird die Situation für Erwerbstätige immer desolater: Bedingt durch die Pandemie / *Plan*demie haben viele ihre Arbeitsplätze, ihre Existenzen bereits verloren oder stehen mit mehr als nur einem Bein in der unverschuldeten Insolvenz. Wir werden abgemahnt und entlassen aufgrund der Maßnahmen, vermeintlicher Nichteinhaltung sich ständig verändernder Maßnahmen, Anordnungen und Vorschriften am Arbeitsplatz oder im eigenen Geschäft.

Berufsverbote in nie gekanntem Ausmaß, Kurzarbeit und Umsatzeinbußen sind unsere »neue Normalität« – und Ihr glaubt immer noch, das sei demnächst vorbei, wenn wir nur alle »artig« sind, alle Vorgaben erfüllen und immer irrwitzigere Auflagen umsetzen? Der Schaden wird irreparabel sein und jeder Tag, jede Woche der Untätigkeit würden wir bereuen! Kommt in die Hufe!

ZUSAMMEN SIND WIR STARK, MUTIG UND ERFOLGREICH.

Als ich am 02.10.2020 in Berlin vor dem Reichstagsgebäude über die Gewerkschaftsarbeit in der DG sprach, erhielt ich sehr viel Beifall, als es darum ging, dass Gewerkschaftsarbeit als basisdemokratisches Mittel hilfreich sei. Hier nehme ich darauf noch einmal Bezug und Euch in die Pflicht: Werdet jetzt Mitglied, meldet Euch via *demokratischegewerkschaft.de* an. Es ist an der Zeit, dass jede/r, der wirklich und ernsthaft eine Veränderung will, beginnt, selbst zu tun!

Zusammen sind wir eine Kraft, die aus Hoffnungen Tatsachen machen kann. Es bedarf Euer aller Entscheidung, nun zur Tat zu kommen, mit einer Mitgliedschaft in der DG eine bisher kleine Gemeinschaft von rund 1.400 Mitgliedern groß zu machen. Mit Eurer Mitarbeit werden wir große Ziele umsetzbar machen können. Tun wir nichts außer jammern und träumen, wird ***nichts*** in unserem Sinne geschehen!

Kommt zu den Demos, informiert Euch und arbeitet dort mit, wo wirklich an einer besseren Zukunft gearbeitet wird! Die DG ist *JETZT* wichtig. Die DG ist *JETZT* richtig! Ich zolle jedem meinen Beifall und Respekt, die/der *JETZT* aktives Mitglied wird. Du stehst nicht allein mit einer Schaufel vor einem Berg, wenn Du in Gemeinschaft mit vielen schaufelst. Gemeinsam werden wir den Berg abtragen können! siehe demokratischegewerkschaft.de

*Diese **»Banken«** schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten.*







ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. univ. Stefan Rohrer, Facharzt für Innere Medizin, Diabetologie, Geriatrie, Zusatzbezeichnung Notfallmedizin und Ernährungsmedizin, Hagen

MEDIZINISCH: Ich bin Internist, Diabetologe, Ernährungs- und Notfallmediziner mit einer langjährigen Erfahrung in der Intensiv- und Beatmungsmedizin. Ebenso widme ich mich der ganzheitlichen Betrachtung von Erkrankungen. Vorab möchte ich anmerken, dass der Virus SARS-CoV-2 existiert; für Risikogruppen kann dieser Virus mitunter lebensbedrohlich werden, ähnlich wie wir es von anderen Viruserkrankungen kennen. Dieser Bericht spiegelt meine persönliche Einschätzung der Situation als Privatperson wider.

Aktuell bin ich in einem Krankenhaus tätig und war von März bis Juli 2020 für die Intensivstation und die eigens initiierte Corona-Isolationsstation verantwortlich. Wir warteten auf den angekündigten Ansturm, auf die zahlreichen Opfer der Pandemie, hatten alle die Bilder aus Italien im Kopf und wappneten uns so gut wie möglich gegen den möglichen Zusammenbruch der Versorgung und des Gesundheitssystems. Wir verdoppelten unsere Intensivbettenkapazität inklusive der Beatmungsplätze. Doch es kam kein Ansturm. Jede Woche aufs Neue war die Devise: Aber nächste Woche geht's los. Aber es passierte wenig. Einzelne Patienten mit Zeichen eines Virusinfekts kamen, wurden auch positiv auf SARS-CoV-2 getestet mittels des PCR-Tests. Diese wurden dann isoliert und konnten nach symptomatischer Therapie auf der Normalstation in 95 Prozent der Fälle wieder nach Hause.

Meiner Erinnerung nach wurden vier schwerst multimorbide (d.h. viele Vorerkrankungen) SARS-CoV-2 positiv getestete Patienten intensivmedizinisch versorgt. Diese benötigten teils nicht-invasive, teils invasive Unterstützungsmaßnahmen. Also maschinell unterstützte Maskenbeatmung oder maschinelle Beatmung über einen durch den Mund eingeführten Tubus, um eine ausreichende Versorgung mit Sauerstoff und die Abatmung von Kohlendioxid zu gewährleisten.
Diese Patienten wurden im Verlauf in ein Corona-Schwerpunktkrankenhaus der Umgebung verlegt. Im Regelbetrieb sagten wir unsere elektiven Aufnahmen für Routineuntersuchungen ab und warteten voll gewappnet weiterhin auf die angekündigte Masse der Schwerkranken. Wir schickten Abteilungsärzte nach Hause, damit Sie Ihre in den Monaten vor der »Pandemie« angesammelten Überstunden ausgleichen. Wir waren über längere Phasen nur zu einem Drittel ausgelastet, die Intensivstation stand zwischenzeitlich fast leer. Vor einer Überlastung beziehungsweise einem Zusammenbruch unseres Gesundheitssystems und der Intensivkapazitäten (siehe bei Interesse: *DIVI-Homepage*) waren und sind wir weit entfernt.

POLITISCH: Ich habe meinen Glauben in die politische Führung von Deutschland und den meisten Nationen in den letzten Monaten verloren. Ich unterstelle diesen, nicht im Interesse Ihrer Bürger zu handeln, denen Sie aufgrund abgelegter Eide verpflichtet sind. Ich unterstelle sogar, dass wider besseren Wissens, welches zur Verfügung steht, aktiv gegen das Wohl der Bürger gehandelt wird und diese mit den aktuellen Maßnahmen sowohl wirtschaftlich als auch gesundheitlich geschädigt werden.

Die per Ermächtigungsgesetz erlassenen Maßnahmen übersteigen die Verhältnismäßigkeit, ein kritischer Diskurs wird verhindert, Kritiker werden diffamiert, drangsaliert und öffentlich diskreditiert. Über 140 medizinische Fachgesellschaften weltweit, darunter das EbM (das Netzwerk für Evidenz-basierte Medizin) in Deutschland, haben auf die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen hingewiesen. Die Politik ignoriert dies und verschärft die Maßnahmen ohne jegliche Grundlage stets weiter. Daher komme ich nicht umhin, der politischen Führung zu unterstellen, in bloßer Absicht zu handeln und gegen die Interessen Ihrer Bürger. Über die Beweggründe kann jeder für sich selbst spekulieren. Unsere Grundrechte werden ausgehebelt, unsere Mitmenschen und Kinder erleiden irreversible physische Traumatisierungen, Familien zerbrechen aufgrund von Meinungsverschiedenheiten und friedliche Demonstranten inklusive schwangerer Frauen werden verprügelt.

Gleichzeitig werden Pharmafirmen mit Millionenbeträgen aus Steuergeldern subventioniert und deren Anwaltskanzleien haben bereits Verträge mit vielen Regierungen für einen »Bail Out« für Impfschäden, die bevorstehenden Massenimpfungen betreffend, abgeschlossen. Das heißt, dass Menschen, die unerwünschte Folgen einer Corona-Impfung erleiden, kein Geld vom Hersteller einklagen dürfen. Sie erhalten dann nach zähen und langjährigen Gerichtsverhandlung gegebenenfalls Geld von der Regierung des jeweiligen Landes, also bezahlt aus Steuern. Allein dies ist meiner Meinung nach an Perversion nicht zu überbieten, ein Freibrief für alle SARS-CoV-2-Impfhersteller.

Zusammenfassend gehe ich davon aus, dass uns eine globale Elite im Schulterschluss mit Medien, Konzernen, der Pharmalobby und der gegen die Interessen ihrer Bürger handelnden Regierungen ihr diktatorisches Regelwerk unter dem Mantel der Coronavirus-Pandemie aufzwingt. Wir müssen dies im Sinne unserer Kinder und unserer Mitmenschen mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindern.

DIGITALER BESUCH DER PHARMARIESEN

Der WHO-Gipfel in Berlin von Sophia-Maria Antonulas

Der sogenannte »World Health Summit« (Weltgesundheitsgipfel) findet ab 25.10. drei Tage lang in Berlin statt. KritikerInnen bemängeln, dass die Zivilgesellschaft und die Menschen, die sich wirklich um die Gesundheit der Gesellschaft kümmern, kaum zu Wort kommen.

Die internationale Medizinkonferenz wurde 2009 anlässlich des 300. Jahrestages der Charité ins Leben gerufen und hat sich als Ort ausgerechnet das ehemalige Kosmos-Kino in der Karl-Marx-Allee ausgesucht. Berlin wollte sich mit dieser Veranstaltung als Gesundheitsstadt etablieren, aber, wie so oft in der Spreemetropole, wurde daraus nicht viel. Dabei gibt es auch in Berlin Organisationen und Vereine der Zivilgesellschaft, die sich eben genau dafür einsetzen, dass Armut nicht gleich Krankheit bedeutet.

Wer hat Bill Gates zum Weltgesundheits-Guru gewählt? »Wie kann darüber diskutiert werden, nachhaltig Gesundheitssysteme zu stärken, wenn diejenigen, die in den betroffenen Ländern vor allem Gesundheitsversorgung sicherstellen – nämlich gemeindebasierte Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Gesundheitsexpertinnen und -experten aus den Regionen – gar nicht mit am Tisch sitzen«, kritisiert Mareike Haase, Referentin für Gesundheitspolitik bei *Brot für die Welt* schon 2018 in einem Blogbeitrag für die Website ihrer Organisation. Die Struktur der Konferenz mache schnell klar, dass hier vor allem multinationale Pharmariesen wie Pfizer das Sagen hätten. Auch die Auswahl der SprecherInnen, zeigt, wessen Interessen im Vordergrund stehen. Und Haase erklärt weiter: »Die Legitimation dominanter privater Akteure wie der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung und der vielfach von ihr initiierten Gesundheitspartnerschaften, die neben positiven Effekten vor allem zu einer starken Fragmentierung der Gesundheitsarchitektur führen, werden nicht mal gestreift«.



Noch harmlos: Die Apokalyptiker Drosten und Wieler bedrängen Menschen nicht nur in der Fußgängerzone.

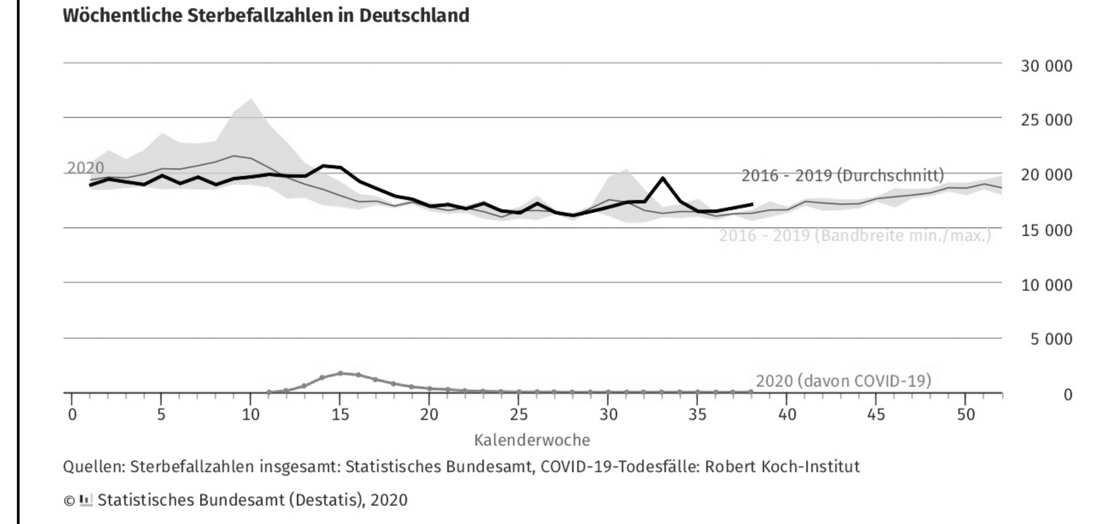
Bildquelle: Dr. med. R. K. Schön

Protest und Alternative Veranstaltung: Gegen die Politik der WHO während Corona findet eine Demonstration unter dem Motto »Berlin lädt die Menschen der Welt zum Weltgesundheitsgipfel ein«. Treffpunkt wird Sonntag, 25.10. um 12 Uhr auf dem Alexanderplatz sein. Unter dem Titel »World Health Security« findet am Montag, 26.10., um 12 Uhr ein Lunchtalk von *Medico International* und *Brot für die Welt* statt.

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«
Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik Bonn

»Hätten wir nichts von diesem neuen Virus da draußen gewusst und hätten wir keine Menschen mit PCR getestet, wäre uns die Anzahl der Gesamt-Todesfälle durch grippale Infekte in diesem Jahr nicht ungewöhnlich erschienen.«
Prof. John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, Stanford Universität, USA

»Dieser Crash ist gewollt«
Dirk Müller, Finanzexperte



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich — oder gar menschheitsbrohlich —, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Der Fall Assange

Fortsetzung von Seite 1

Ärzte, Anwälte, Künstler, Journalisten, Politiker protestieren, signieren Petition um Petition. Der Druck auf die britische Regierung wächst. Offiziell klagt man ihn an wegen Unterstützung Chelsea (damals Bradley) Mannings beim Knacken eines Passworts, er habe zudem Menschenleben durch Veröffentlichung unredigierter Informationen in Gefahr gebracht. Der Beweis, dass jemals jemand durch Assange zu Schaden gekommen ist, wurde jedoch nie erbracht. Da die Auslieferung auf tönernen Füßen steht, wird die Anklage erweitert, erst im Mai 2019, zuletzt im Juni 2020. Man sucht nach Dreck, den man noch auf ihn werfen könnte. Dieser Prozess muss platzen. Assange muss auf freien Fuß kommen.

FIEBERTHERMOMETER DES WESTENS

Julian Assange, er ist jetzt schon zu einem Symbol der Pressefreiheit geworden. An seinem Beispiel wird gerade der aktuelle westliche Stand der Pressefreiheit verhandelt. Er ist jetzt das Fieberthermometer der freien Welt. Ganz konkret: daran, wie man Assange jetzt behandelt, kann man ablesen, wieviel an Informationen man als Bürger morgen noch bekommt. Heikle Informationen, geheime Informationen, aber Informationen, die man braucht, um als Bürger Entscheidungen zu treffen. Assange wird nicht dafür bestraft, was er getan hat, man versucht ihn davon abzuhalten, je wieder etwas zu veröffentlichen. Für Menschen, die die Wahrheit fürchten, ist Assange eine tickende Zeitbombe. In einer Welt voller Lügen ist jemand, der eine Wahrheitsmaschine betreibt gefährlich – und einer der mächtigsten Menschen der Welt.

> ***Milosz Matuschek*** *wurde von der Neuen Zürcher Zeitung gekündigt, weil er die bloße Möglichkeit diskutierte, dass die Corona-Regimekritiker recht haben. Der Autor weist im DW auf seinen Appell für freie Debattenräume hin:* ***idw-europe.org***

Als in den USA im Jahre 1690 die erste Zeitung auf den Markt kam, wurde sie tags drauf verboten. Die Gründung von Wikileaks 2006 war die Geburtsstunde einer neuen Form des Journalismus. Das ist die schmerzvolle Botschaft von Julian Assange: Wir haben keinen blassen Schimmer von der Realität in ihrem ganzen Ausmaß. Das Urteil soll am 4. Januar 2021 verkündet werden. Auch dank dieses Prozesses öffnet sich der Schleier um die Realität täglich mehr vor unseren Augen.

Der vollständige Artikel erschien zuerst auf miloszmatuschek.substack.com und kenfm.de. Für den Abdruck in dieser Zeitung musste der Text aus Platzgründen sinnwahrend gekürzt werden.



Kampfschwein: *Wie sieht sich ein Regierungspropagandist nach dem Besuch einer Demonstration der Demokratiebewegung? Genau so. Hier die innere Erlebniswelt des RBB-Reporters* ***Olaf Sundermeyer*** *(Montage rechts). Der Demokratische Widerstand bleibt einfühlsam – auch wenn es manchmal schwierig ist.*

Collage: Jill Sandjaja/DW

PROPAGANDISTEN IN DER BLASE

Seit Anfang des Jahres lügen die großen Medienbetriebe zu Corona, sie schüren Panik, verleumden Kritiker der autoritären und verfassungsbrüchigen Maßnahmen, fordern ein verstärktes Durchgreifen gegen die Menschen. ***Wo rührt diese Gleichschaltung her? Eine professionelle*** **EINORDNUNG** *von Casey Koneth*

Wenn zwei Menschen dasselbe betrachten und anschließend das Betrachtete ganz unterschiedlich wiedergeben, bedeutet das nicht zwangsläufig, dass einer von ihnen lügt. Sondern dass sie beim Betrachten nur unterschiedlich gefiltert haben. Was der eine ausblendet, steht für den anderen im Fokus – und umgekehrt. So wie bei dem berühmten Bild, auf dem – je nach Fokus – eine junge oder eine alte Frau zu erkennen ist.

Filtern ist menschlich und wichtig. Es hilft uns, die wesentlichen Informationen von den unwesentlichen zu unterscheiden und sie zu einem schlüssigen Bild zu verarbeiten. Auch JournalistInnen müssen filtern. Nur müssen sie dies mit journalistischem Sachverstand tun und in der Berichterstattung ihren Fokus an die Faktenlage anpassen und nicht die Fakten an ihren Fokus.

Das Problem: Wenn die Medien nur noch eine Perspektive abbilden und konträre Informationen ausblenden, dann betreiben sie keine Berichterstattung, sondern Abkapselung. Dieses Phänomen wird in der Medienwissenschaft als »Filterblase« bezeichnet und ist ursprünglich aus dem Internet bekannt. Dort sorgen Algorithmen dafür, dass den Nutzern nur noch Inhalte angezeigt werden, die mit ihrem bisherigen Klickverhalten übereinstimmen. Doch auch die herkömmlichen Medien, die sich eigentlich einem Bildungsauftrag verpflichtet haben, sind längst zu einer Filterblase mutiert. Wird in der Blase dann auch noch – wie seit über 6 Monaten Corona-Berichterstattung zu beobachten - die Agenda der Regierung bedient, statt diese zu filtern und zu hinterfragen, dann ist das streng genommen kein Journalismus, sondern Desinformation und im schlimmsten Falle Propaganda.

Das mit dem Filtern ist ein schmaler Grat. Passiert es in den Medien zu wenig (wie bei der Verbreitung der »steigenden Corona-Fallzahlen«), führt dies zur verzerrenden Berichterstattung. Geschieht es zu viel oder gar willkürlich, ebenso. Rückblick: Auf der ersten Großdemo in Berlin am 1. August 2020 ziehen Menschen aller politischer Couleurs friedlich durch die Stadt und anschließend zur Kundgebung am Großen Stern. Vor dem Brandenburger Tor steht ein Kamerateam der *Deutschen Welle*. Die Maske der Journalistin verdeckt zwar ihre Mimik, aber ihre Worte, mit denen sie das internationale TV-Publikum über das aktuelle Geschehen in Berlin informiert, sind deutlich zu hören: Es seien »sehr viele Rechtsextreme« hier auf den Straßen unterwegs. Einige PassantInnen bleiben stehen und bitten sie, objektiv zu bleiben. Die meisten von ihnen seien schließlich friedliche DemokratInnen und sie verzerre mit ihrem Fokus auf einzelne rechte TeilnehmerInnen die Realität. Immerhin: Die maskierte Moderatorin lässt sich von den empörten DemonstrantInnen zur Rede stellen und versucht, sich für das Herausfiltern besagter Minderheit zu rechtfertigen: Sie habe nun mal »ganz schön viele« Reichsflaggen gesehen. Ich frage sie, ob sie die denn gezählt hat und im Vergleich dazu auch alle anderen gezählt hat, um sie ins Verhältnis zu setzen. Hat sie natürlich nicht. Aber es seien halt »echt viele«. Aha. Und die Hunderttausenden bis Millionen Anderen? Offenbar nicht der Rede wert. Soviel zum Filtern.

Doch die maskierte Moderatorin offenbart noch eine weitere Lücke in Sachen journalistischer Sachverstand. Ich frage sie, ob sie denn noch wisse, unter welcher Prämisse die Regierung ursprünglich die Maßnahmen getroffen hat, gegen die hier gerade demonstriert wird. Sie überlegt. Dann fällt ihr etwas ein: »Na, wegen der Pandemie.« Ich helfe der offenbar schlecht vorbereiteten Kollegin auf die Sprünge: Damit die Krankenhauskapazitäten nicht überlastet werden. Stichwort: »Flatten the curve«, also: die Kurve abflachen. Immerhin der nationale Slogan, der uns monatelang als Rechtfertigung für die Grundrechtseingriffe vorgebetet wurde. Und der auch für die herkömmlichen Medien spätestens in dem Moment hätte fragwürdig erscheinen müssen, als die Krankenhäuser ihre MitarbeiterInnen in Kurzarbeit schickten und die Apotheken über existenzbedrohende Umsatzeinbrüche klagten. Die eigentliche Frage lautet also nicht, ob hier die eine oder andere Reichsflagge zu sehen ist, sondern: Wie lassen sich grundrechtseinschränkende Maßnahmen rechtfertigen, die auf unhaltbaren Hochrechnungen basieren und ihrer eigenen vermeintlichen Grundlage nicht standhalten?

UNTER FREIEM HIMMEL KEINE ANSTECKUNGSGEFAHR

Auch Experteninterviews tragen in den herkömmlichen Medien zur Filterblase bei und dienen dazu, ihr eine seriöse, objektiv anmutende Note zu verleihen. So offenbar auch der Plan bei einem Interview im RBB-Studio mit einem Berliner Amtsarzt im Anschluss an die Großdemo am 1. August. Interview-Fokus: das vermeintliche Infektionsrisiko. Die besorgte Moderatorin möchte von dem Amtsarzt hören, inwiefern der »Teil der Bevölkerung, der sich durch nicht so viel Rücksichtnahme und Vorsicht auszeichnet« (sic!) ein erhöhtes Infektionsgeschehen auslöse, indem auf der Demo keine Masken getragen wurden.

Doch der Amtsarzt kann die Sorge nicht bestätigen. Er gibt sogar eindeutig Entwarnung: Unter freiem Himmel bestehe keine Ansteckungsgefahr. Auch nach der vorangegangenen »Black Lives Matter«-Demo habe man kein erhöhtes Infektionsgeschehen verzeichnen können. Die Moderatorin ist sichtlich irritiert. Offenbar hat der Experte nicht die Antwort gegeben, die sie erwartet hatte und die in die Filterblase gepasst hätte. Damit ist die Warn-Blase eigentlich geplatzt. Doch der Experte bemüht sich, sie schnell wieder herzustellen, indem er doch noch eine Warnung ausspricht: Sorgen mache ihm eher, was sich in diesen Köpfen abspiele als das, was sich in diesen Lungen hinterher abspielen werde. Das eigentliche Problem sei die dort versammelte Querfront aus Rechtsextremen, Impfgegnern, Verschwörungstheoretikern. Das sei auch die größere Bedrohung für unsere Gesellschaft als das, was von den DemonstrantInnen infektiologisch ausgehe. Aha. Ein Amtsarzt, dessen Aufgabe allein darin besteht, eine Einschätzung zum Gesundheitsrisiko zu geben, warnt nun per Ferndiagnose aus dem Fernsehstudio heraus vor der bedrohlichen Gesinnung der DemonstrantInnen.

Einen Monat später (am 1. September) wird in Berlin die Maskenpflicht für Versammlungen mit mehr als 100 Menschen eingeführt. Wohlgemerkt: nachdem ein Amtsarzt im öffentlich-rechtlichen Fernsehen bestätigt hat, dass bei den Versammlungen kein erhöhtes Ansteckungsrisiko besteht. Noch Fragen?

DIE STUNDE DES KARRIERISTEN

Am 29. August 2020 dann die zweite Großdemo in Berlin. Auch auf dieser zweiten Großdemo demonstriert wieder eine beeindruckende Masse an DemokratInnen friedlich für die Wiederherstellung unserer Grundrechte. Doch auch hier lenkt ein gewisser RBB-Kollege anschließend wieder den Fokus auf die rechten TeilnehmerInnen, die er schon seit Monaten fleißig aus der breiten Masse herausfiltert. Sein medialer Feldzug gegen die DemonstrantInnen – und zwar gegen alle, denn er nimmt rhetorisch auch all diejenigen in Sippenhaft, die da »gemeinsam mit Nazis« auf die Straße gehen (Ironie am Rande: die Sippenhaft war eine gängige Repressionsmaßnahme im Nationalsozialismus gegen die Widerstandskämpfer) – nimmt mittlerweile schon groteske Züge an. Bei einem sogenannten RBB-Bürgertalk versucht er dem »Querdenken«-Gründer Michael Ballweg mangelnde Distanzierung von rechtsaußen vorzuwerfen. Als ihm dies nicht gelingt und ihm eine Bürgerin widerspricht, die an der Demo teilgenommen hat und von den überwiegend friedlichen DemokratInnen berichtet, greift er zu der hilflosen Aussage, dass man die vielen Rechten mit bloßem Auge nicht erkenne. Nun warnt er also schon vor Unsichtbaren. Anschließend sitzt derselbe Kollege in einer TV-Talkrunde bei *Phoenix* und bezeichnet die Demos gegen die Corona-Maßnahmen als »sektenartig«. Während ich noch überlege, was er damit meinen könnte, fällt mir unwillkürlich auf, dass er selbst wie ein Sektenprediger wirkt, der durch die Fernsehsendungen zieht, um vor den (mitunter unsichtbaren) Rechten zu warnen. Ich wechsle den Kanal und siehe da: Nun sitzt er plötzlich bei Lanz, um auch dort unwidersprochen seine gefilterte Sicht auf diese »rechten Demos« zu verbreiten. Dass es im Anschluss an die Großdemo in Berlin auf offener Straße (also mit bloßem Auge erkennbar) zu alarmierender willkürlicher Polizeigewalt gegen friedlich demonstrierende BürgerInnen kam, wird hingegen stoisch ausgeblendet: Totale Filterblase.

Casey Koneth dreht seit 20 Jahren TV-Beiträge für öffentlich-rechtliche sowie kommerzielle Sender und hofft darauf, dass die Filterblase platzt: Auf, kritische Berichterstattung!

»Wer einmal mit dem Notstand spielen sollte, um die Freiheit einzuschränken, wird meine Freunde und mich auf den Barrikaden zur Verteidigung der Demokratie finden, und dies ist ganz wörtlich gemeint.« – Bundeskanzler Willy Brandt

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

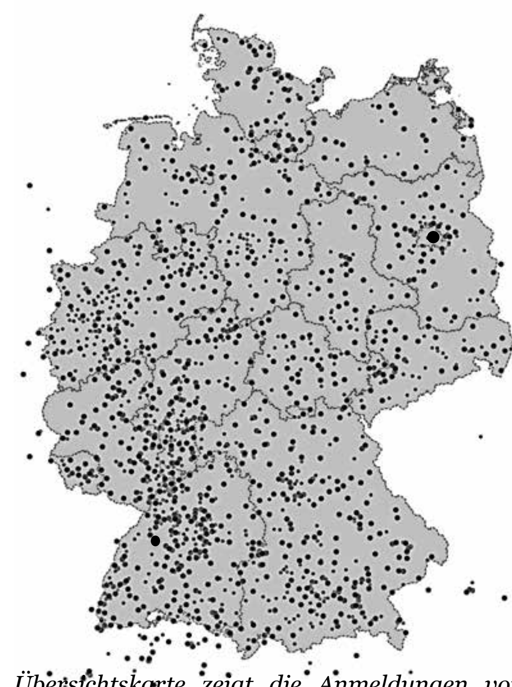
Bis 31.10.2020, ganztägig	Berlin, beim Tipi am Kanzleramt	Querdenken Camp
24.10.2020 13:30 Uhr	Berlin, Wilmersdorfer/ Goethestr.	Ironische Demonstration, »Dauerhafte Maskenpflicht und strengere Coronaauflagen«
24.10.2020 14-17 Uhr	Frankfurt a.M. Goetheplatz	Nicht unsere Normalität! (Querdenken 69)
24.10.2020 14-18 Uhr	Mannheim, Schloss	Freiheit & Selbstbestimmung (Querdenken 621)
24.10.2020 15-17 Uhr	Bühl (Baden), Kirch- u. Marktplatz	Aufstehen für Recht und Freiheit
24.10.2020 15:30-17:00 Uhr	Lüneburg, Clamart-Park	Trauerzug der Demokratie (Querdenken - 413)
24.10.2020 15:30-17:30 Uhr	Berlin, Masurenallee	Love Wins Autokorso, Ziel: Alexanderplatz
24.10.2020 23-6 Uhr (jeden Sa)	Berlin, innerhalb des S-Bahn-Rings	Freibier in Berlin, Organisiert von der Sperrstunde. Freibier solange Vorrat reicht
24.10.2020 15:30-18 Uhr	Potsdam, Brandenburger Tor	Eltern stehen auf, Kinderfest, »nichtohneuns« Postsdam
24.10.2020 14:00-15:30 Uhr	Hagen (NRW), Hohenzollernstr.	Friedenszeichen, Mahnwache für Frieden und Freiheit
24.10.2020 14:30 Uhr	Marburg, Elisabeth-Blochmann-Platz	Weiterdenken Marburg
24.10.2020 15:45 Uhr	Hannover, Rudolf-Hillebrecht-Platz	Autocorso, Grundrechte, Freiheit, Selbstbestimmung und Frieden
24.10.2020 18 Uhr	Hannover, Arthur-Menge-Ufer 1	Lichter- und Laternenumzug gegen das Corona-Regime
24.10.2020 11-13 Uhr	Schwäbisch Gmünd, Johannisplatz	Ein Lächeln für die Freiheit
24.10.2020 12-18 Uhr	Weiden/Opf, Conrad-Röntgen-Str.	Aufzug und Fest gegen die Coronamaßnahmen
24.10.2020 12:30-16:30 Uhr	Oldenburg, Schloßplatz	Wir müssen reden
24.10.2020 13-15 Uhr	Bad Tölz, Marktstraße	Kundgebung und Demo für Freiheit, Frieden und Grundrechte
24.10.2020 14-16 Uhr	Lüdenscheid, Schillerstr.	Mahnwache, freie Meinungsäußerung statt Maskenzwang
24.10.2020 15-17 Uhr	Bad Kreuznach, Kornmarkt	Wir für das Grundgesetz
24.10.2020 16-18 Uhr	Waldshut, Viehmarktplatz	Mahnwache für den Erhalt der Grundrechte
25.10.2020 12 Uhr	Berlin, Alexanderplatz	Europa steht auf, 15 Uhr: WHO-Gipfel im Kosmos, Karl-Marx-Allee 131A
25.10.2020 14-18 Uhr	Remscheid, Theodor-Heuß-Platz	Herbstspaziergang für Grundgesetz und Menschenwürde
25.10.2020 15-18 Uhr	Murrhardt, Marktplatz	Bewusst handeln, bewusst denken gegen die Verfassungsbrüchige Regierung
26.10.2020 15-17 Uhr	Berlin (vor Netto), Treptower Park 42	Straßenaufklärung Treptow (siehe Telegramkanal)
26.10.2020 15-18 Uhr (MO)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
26.10.2020 17:45 Uhr (MO)	Köln, Hiroshima-Nagasaki-Park	Aachener Weiher, Flüsternde Mahnwache für artgerechte Menschenhaltung und Verhältnismäßigkeit
26.10.2020 18-20 Uhr	Schwedt/Oder, Platz der Befreiung	Kundgebung für Freiheit und Transparenz in der Politik und Medien
26.10.2020 (jeden 2. Montag)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo
26.10.2020 19 Uhr (jeden Montag)	Neubrandenburg, Marktplatz	Neubrandenburger Spaziergänger
26.10.2020 18-21Uhr	Marbach/Neckar, Schillerhöhe	Montagstreff der Demokratiebewegung
26.10.2020 19-20:30 Uhr	Kreefeld, Theaterplatz	Demonstration für Menschenrechte, Grundgesetz und Freiheit
29.10.2020 15-18 Uhr	Berlin, Wilmersdorfer/Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog (jeden Do, bei Regen Fr)
30.10.2020 18 Uhr	Berlin, Heimathafen Neukölln	Wir bestehen auf demokratische Abstimmungen beim Glodenen Aluhut
31.10.2020, 13:30 Uhr	Braunschweig	Freedom Parade goes Braunschweig (für 20€ Anreise von Berlin möglich)
31.10.2020 10-19 Uhr	Wien	HelloWien - Maskenball für den Frieden, Albertinaplatz (10-13 Uhr), Heldenplatz (12-19 Uhr)
31.10.2020 15 Uhr	Dresden, Theaterplatz	Demonstration für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung (Querdenken 351)
31.10.2020, 14 Uhr	Osnabrück, historischer Marktplatz	Buchvorstellung »2 Tage in Berlin« mit Fotograf H. Henkelmann und DW-Hrsg. A. Lenz
31.10.2020 14-17 Uhr	Karlsruhe, Schloßplatz	Für Wahrheit, Frieden, Freiheit und revolutionäre Liebe
31.10.2020 15-17 Uhr	Bühl (Baden), Kirch- u. Marktplatz	Wir für Recht und Freiheit
1.11.2020 16 Uhr	München, Theresienwiese	Großkundgebung Allerheiligen
1.11.2020 10-18 Uhr	Wien, Rathausplatz/Heldenplatz	HelloWien (Fortsetzung)
1.11.2020 12:30-17 Uhr	Ludwigsburg, Forum am Schloßpark	Fest für Liebe Freiheit und Liebe
2.11.2020 (jeden 2. Montag)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo
7.11.2020 15-20 Uhr	Leipzig, genaue Angaben folgen	Demo mit grossem Marsch durch die Stadt (Querdenken 341 u. 711)
9.11.2020 17:30 Uhr (Mo)	BERLIN, ORT NOCH GEHEIM	VERFASSUNGSSCHWUR
11.11.2020 11:11 Uhr	Köln, genaue Angaben folgen	Karneval der Liebe in Köln (nicht ohne uns / köln ist aktiv)
15.11.2020 15 Uhr	Düsseldorf, Rheinkirmes-Festplatz	»KinderLächeln ohne Angst« - »Festlicher Lichter-Spaziergang für das Grundgesetz«
31.12.2020 ab 12 Uhr	BERLIN, STR. DES 17. JUNI/STADTWEIT	REVOLUTION



»Die Demokratiebewegung hat bereits gewonnen. Wir müssen nur Geduld haben und weitermachen. Man schaue sich nur an, wie die sich gerade zerlegen. Wir sehen uns am 7.11. in Leipzig!« – Der Stuttgarter Bürgermeisterkandidat Michael Ballweg im aktuellen Statement für DW

DANKE: Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Vereinsspende« an Lenz/KDW, IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.

Netzwerk



Übersichtskarte zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung nichtohneuns.de. *Siehe auch* querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) an* demokratischerwiderstand@protonmail.com.

URTEIL: GASTSTÄTTEN KÖNNEN TROTZ »LOCKDOWN« NACHTS ÖFFNEN

Berlin/DW. Das nächtliche Bewirtungsverbot bringt Gastwirte, Betriebe und Stammgäste erneut in Nöte. In einem Interview mit Angestellten des »AM to PM« am S-Bahnhof Hackescher Markt wurde dem DW von Umsatzeinbußen von 80 Prozent durch die Ausgangssperre berichtet. Mindestens elf Gaststätten hatten gegen die Schließung einen Eilantrag gestellt, darunter das »AM to PM«, »A Seven«, »Das Klo«. Das Berliner Verwaltungsgericht hatte dem Antrag am 15.10. stattgegeben. In einem *Youtube*-Video auf dem Kanal »Klagepaten« vom 16.10. erläuterte Rechtsanwalt Friedemann Däblitz die Details: Gaststätten dürfen vorerst wieder nach 23 Uhr geöffnet bleiben. Formal bleibe die Prohibition weiterhin bestehen, Diskotheken zudem generell geschlossen. Laut des Urteils dürften zwar nur diejenigen Gaststätten nachts öffnen, welche einen Eilantrag gestellt hatten. Andere Gaststätten könnten demnach auch öffnen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen, weil sie sich auf das Gleichbehandlungsgebot berufen könnten. *(sgf)*

DENUNZIANTEN, WHISTLEBLOWER UND DIE FRIEDENSBOTSCHAFT

Unser rasender Reporter CLARK KENT *berichtet deutschlandweit von Aktionen der Demokratiebewegung*

Stellt Euch vor, ihr wollt zusammen ohne Maske, aber mit Attest einkaufen gehen. Ein Aufruf im Internet, alle kommen zusammen. Aber ihr werdet von Menschen abgehört, die Euch verraten. Genau das ist passiert, am vergangenen Donnerstag in Bergisch Gladbach.

Am Supermarkt erwartete uns eine Delegation von Presse und Ordnungsamt. Jemand hatte uns gemeldet, ein Hinterhalt. Eine Anzeige wurde gestellt, weil angeblich ein Attest gefälscht sei. Die Presse log die Zahl im Nachklang sogar noch hoch.

Wir sprachen mit dem Ordnungsamt und bekamen folgenden Tipp: »Dreht den Spieß um. Geht in großen Gruppen und mit ärztlichem Masken-Attest einkaufen, aber informiert das Ordnungsamt vorher selbst. Dann könnt ihr ungestört vom Eigentümer und von anderen Kunden einkaufen gehen und wenn es Ärger gibt, ist das Ordnungsamt in der Nähe.« So wie in den 60er Jahren in den USA, als schwarze Studenten unter dem Schutz von Bundestruppen in die Universität gehen konnten. – *We shall overcome one day.*

Am Freitag dann Köln. Dort wurde der Karlspreis an Sabiene Jahn und Julian Assange verliehen. Zuvor wurde die Bronze-Skulptur »Anything to say?« des italienischen Künstlers Davide Dormino auf dem Domplatz errichtet und eine Mahnwache abgehalten. Die Skulptur besteht aus vier Stühlen, auf denen folgende Figuren stehen: Chealsea Manning, Julian Assange und Edward Snowden. Der vierte Stuhl ist frei, jeder darf sich daraufstellen. Für Superman war es eine Ehre, neben solchen Superhelden stehen zu dürfen. Den Preis nahm der Vater von Julian Assange entgegen.

Am Samstag war in Würzburg Demo angesagt. Zuerst fing es mit einem Autocorso an, dann sprachen die »Eltern stehen auf« in der Stadtmitte. Es gab Dialoge zwischen Gegnern und den Befürwortern der Corona-Maßnahmen. Der Superheld Punisher sprengte dann die Demonstration, indem er die Leute einlud, an einer Demonstration für die Maßnahmen teilzunehmen. So gab es zwei Demonstrationen nebeneinander - eine für (angeführt vom Punisher) und eine gegen die aktuellen Maßnahmen (mehrere Sprecher). Der anwesende Superman schaute sich die beiden Demos an, bis er sich dazu entschloss, beide zu vereinen, weil es vernünftiger ist, dass man miteinander redet, anstatt sich zu beschimpfen. Menschen reichten sich die Hände. Es war dann eine friedliche Demo. Positiv war die Polizei, sie blieb ruhig und gewährte sogar eine Überlänge.

Mein Fazit: Obwohl das Denunziantentum wieder auf dem Vormarsch ist, obwohl die Menschen immer mehr Abstand halten, gibt es die andere Seite der Medaille: Die Menschen, die sich für andere einsetzen, für sie ins Gefängnis gehen wie Julian oder die unermüdlich versuchen, Menschen wieder zusammen zu bringen. Ich danke den Letzteren.

Das sind Helden.



Foto: Steve Schramm

DIE ZIVILGESELLSCHAFT IM GRIFF KRIMINELLER ORGANISATIONEN

»Der kriminelle Politikstil im Corona-Regime ist eben nicht nur eine Frage des Stils«

von Herrmann Ploppa

Selbst aufgeklärte Beobachter der Politischen Szene sind oftmals entsetzt und ratlos. Die Politik, die seit Ausrufung des Corona-Pandemiefalles ausgeübt wird, hat sich weit entfernt von jeglicher Verfassung. Hat sich weit entfernt von geltendem Recht und Gesetz. Kein Wunder also, wenn Gerichte eine Verordnung der Bundesregierung nach der anderen wieder einkassieren.

Verordnungen. Ja, richtig. Das Parlament wird gar nicht mehr gefragt. Königin Angela und König Söder regieren mit Verweis auf eine außergewöhnliche Bedrohungslage ohne jede Legitimation durch Parlamente. Und auf der Straße wird das Recht der Bürger auf politische Meinungsäußerung mittlerweile buchstäblich mit Stiefeln in den Straßendreck getreten. Wir denken, das sei ein Ausrutscher. Ein Fehlgriff in die Bedürfnisanstalt. Leider ergibt sich bei genauerem Hinschauen, dass das muntere Durchregieren ohne demokratische Legitimation das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlentwicklungen darstellt. Das hat System. Corona ist das Tüpfelchen auf dem »i«.

VERFOLGUNG VON OPPOSTIONELLEN IM DEUTSCHLAND DER GEGENWART

Da verschwinden missliebige Mitbürger wie Gustl Mollath für Jahre hinter den Gummiwänden königlich-bayrischer Psychiatrien, weil selbiger Mollath gravierende Fälle von Korruption aufgedeckt hat. Der frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch ließ vier unbestechliche Steuerfahnder mit psychiatrischen Gutachten aus dem Verkehr ziehen, bevor diese Beamten ihm hätten gefährlich werden können.

Da gab es in Hessen eine Reihe von Skandalen, weil niemand so genau wusste, ob und wie die dortige Polizei oder die Landesregierung oder die Landeskriminalpolizei der Hehler- und Zuhälterbande Hell's Angels zu nahe gekommen waren. Auch in Sachsen ging es einigen aufrechten Ermittlern ziemlich schlecht, als sie zu viel Licht in den so genannten »Sachsensumpf« bringen wollten. Der mittlerweile an Krebs verstorbene investigative Autor Jürgen Roth hat mit solchen Jagdszenen aus der Provinz ganze Bibliotheken bereichert. Hat sich der hessische Finanzminister Thomas Schäfer am Anfang der Corona-Krise tatsächlich selber vor den Zug geworfen? Es sieht aus wie Mafia. Es riecht nach Mafia. Es ist Mafia.

Collage Bildmitte: *Die Abrissbirne der Republik (nach Miley Cyrus) hat Schnupfen. Der korrupte Gesundheitsminister* ***Jens Spahn*** *möchte seine Macht nicht wieder zurückgeben und zieht sich nach einem positiven PCR-Test in seine neue Millionenvilla nach Berlin-Dahlem zurück. Möge er sich dort austoben und uns in Ruhe lassen: »Gute Besserung, Koksnase!«*
Gestaltung: Hendrik Sodenkamp, Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke/DW

MIT VERTRAGS- UND VERFASSUNGSBRÜCHEN AN DIE MACHT

Allerdings ist das, was wir in Deutschland erleben, nur ein fahler Abklatsch verglichen mit dem weltweiten Vormarsch des organisierten Verbrechens. Im Nachgang des infamen Jugoslawienkrieges wurde von der Republik Serbien die Provinz Kosovo abgetrennt. Dort entstand nicht nur die größte Airbase der US-Streitkräfte in Europa. In bester Symbiose mit den Kriegsfliegern hat sich dort die zentrale Drehscheibe des organisierten Verbrechens etabliert: Menschenhandel, Drogen- und Waffenhandel. Was immer Sie benötigen. Die Intervention der USA-Allianz in Afghanistan im Nachgang von 9/11 brachte die vertrockneten Mohnfelder wieder zum Erblühen. Sodass wieder viele neue Heroinabhängige weltweit rekrutiert werden konnten. Und schließlich wollen wir auch nicht vergessen, dass das Spekulieren mit Währungen ein Verbrechen ist. Einer unserer angesehensten Wohltäter, George Soros, hat mit Währungsspekulationen um ein Haar das britische Pfund zerdrückt …

WERKZEUGKASTEN DER DIKTATUR

Das alles kommt nicht von ungefähr. Die technischen Voraussetzungen mussten erst einmal geschaffen werden, damit die profitablen Erträge aus Verbrechen in den internationalen Finanzkreislauf eingepflegt werden konnten. Damit man die Erträge aus Drogen- und Menschenhandel bei angesehenen Geldhäusern zinsbringend anlegen konnte. Das ist mittlerweile umgesetzt. Die Folgen sind weltweit fatal. So fatal, dass im Jahre 1996 sich sieben Staatsanwälte aus verschiedenen europäischen Ländern zusammensetzten und folgendes zu Protokoll brachten:

»Im Schatten des offiziellen Europas versteckt sich ein anderes, ein diskreteres und weniger vorzeigbares Europa. Es ist das Europa der Steuerparadiese, die ohne Barrieren dank des internationalen Kapitals wachsen, ein Europa der Finanzplätze und der Banken, für die das Bankgeheimnis zu oft ein Alibi und einen Schutzschirm darstellt. Dieses Europa der Nummernkonten und der Geldwäscherei wird benutzt, um Geld von Drogen, Terror, Sekten, Korruption und Mafiaaktivitäten in den Wirtschaftskreislauf einzuschleusen. Diese dunklen Umlaufkreise, die von kriminellen Organisationen benutzt werden, entwickeln sich zur gleichen Zeit, in der die internationalen finanziellen Transaktionen explodieren, die Unternehmen ihre Aktivitäten ausbauen oder ihre Hauptsitze über die nationalen Grenzen hinaus verlegen. Gewisse politische Persönlichkeiten und Parteien haben selbst bei bestimmten Gelegenheiten von diesen Umlaufkreisen profitiert. Im Übrigen erweisen sich die politischen Autoritäten aller Länder heute als unfähig, diesem Europa des Schattens klar und effizient entgegenzutreten.«

Klarer kann man die realen Machtverhältnisse in der heutigen Welt kaum noch auf den Punkt bringen. Die Herren, die ihrem Zorn Luft machen, müssen es wissen. Es handelt sich hier um den so genannten Genfer Appell von sieben führenden Richtern und Staatsanwälten aus verschiedenen europäischen Ländern, veröffentlicht Jahre 1996. Die Presse erwähnte diesen Notruf der Juristen mit keinem Wort Mittlerweile sind die Such-Algorithmen bei der Suchmaschine Google so eingerichtet, dass man diesen Genfer Appell von 1996 nicht mehr findet, selbst wenn man sechs passende Suchwörter in die Maske einsetzt. Offenkundig hat der Genfer Appell voll ins Schwarze getroffen. Dabei war der spanische Untersuchungsrichter Balthasar Garzon schon damals international bekannt. Er sollte später den chilenischen Horrordiktator Augusto Pinochet mit Haftbefehl verfolgen, und er kümmert sich aktuell um den Wikileaks-Gründer Julian Assange. Weil Garzon so unerschrocken die Mächtigen herausfordert, wurde gegen ihn ein mehrjähriges Berufsverbot verhängt.

REVOLUTION VON OBEN

Das Elend, das die wackeren Sieben im Genfer Appell für Europa so treffend anprangern, das aber genauso in der ganzen Welt vorherrscht, hat seine Ursprünge in den späten 1960er Jahren aufzuweisen. Durch den Terror des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA waren integre nationalistische Regierungen in der Dritten Welt gewaltsam gestürzt und durch korrupte Militärregime ersetzt worden. Deswegen erhob der streitbare spanische Richter Garzon auch gegen Henry Kissinger Anklage. Kissinger war der Drahtzieher der Operation Condor: in Lateinamerika wurden reihenweise Horrordiktaturen wie jene des Augusto Pinochet in Chile installiert. Dasselbe traurige Bild ergibt sich für die 1960er und 1970er Jahre für Afrika oder Asien.

Die Folge: abrupt unterbrochene wirtschaftliche und politische Entwicklungen. An die Stelle einer Aufbruchsstimmung nunmehr Angst, Einschüchterung, Lähmung und innere Kündigung der Bürger. Über die bleierne Duldungsstarre herrschten ab jetzt Militärdiktatoren und kriminelle Banden. Die Regierung mit dem ihr anvertrauten Volksvermögen war für jene Kreise zum Selbstbedienungsladen verkommen. Gelder und andere Vermögenswerte wurden massenhaft außer Landes geschafft. Anstelle demokratischer Abstimmungsprozesse und regelbasierter Konfliktlösung nunmehr der blanke Terror der Waffen, flankiert von strangulierenden Vorschriften des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. In jener ohne Not verwüsteten Welt sind nur noch die Kirchen und andere religiöse Gemeinschaften, das Militär sowie kriminelle Netzwerke voll funktionstüchtig.

TRÜBE SICHT DANK »CLEARING«

Das alleine ist schon schlimm genug. Es gibt aber einen Brandbeschleuniger, der dafür sorgen sollte, dass das Organisierte Verbrechen als vierter großer globaler Spieler neben Multinationalen Konzernen, den aus Bretton Woods entstandenen Nichtregierungsorganisationen und den zusammengestutzten Nationalstaaten am Runden Tisch der Weltregierung Platz nehmen konnte.
Ermöglicht wurde der Eintritt der Al Capones in das Zentrum der Macht durch das so genannte Clearing-System. 1968 hatte die private Citibank die Firma Clearstream gegründet. 1970 folgten konkurrierende Banken mit der Gründung der Clearingfirma CEDEL in biederen Luxemburg. Die Clearing-Stellen sind sozusagen die »Notariate des Globalkapitals«. Wenn früher Wertgegenstände, sagen wir mal: ein Goldbarren,

den Besitzer wechselte, dann musste der Goldbarren mit allerlei Transportaufwand von Verkäufer A zu Käufer B transportiert werden. Wenn z.B. die Nazis ihr Gold, das sie eroberten Zentralbanken oder ermordeten jüdischen Mitbürgern geraubt hatten, zum Umschmelzen zur Basler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit LKWs transportierten, war das eher auffällig.

Die Clearing-Stellen dagegen bürgen ganz einfach dafür, dass die Goldbarren in einem bestimmten Safe deponiert sind. Der Besitzer wechselt, aber nicht der Standort des Wertgegenstandes. Auf diese Weise kann jede Art von Wertgegenstand transferiert werden, ob nun teure Gemälde, Aktienpakete, Devisen, wertvolle Teppiche, einfach alles. Clearing kümmert sich nicht um die Herkunft oder die Legalität der transferierten Werte. Das wird möglich dadurch, dass die Besitzerwechsel nicht in Textform protokolliert werden, sondern in chiffrierten Zahlencodes, deren Bedeutung nur ganz wenige Mitarbeiter in den höheren Rängen der Firmenhierarchie kennen. Der untere Sachbearbeiter verschiebt den ganzen Tag nur stumpfsinnig Zahlenkolonnen. Auf diese Weise gibt es kaum Mitwisser oder gar Whistleblower über die getätigten Transaktionen.

NÄCHSTER HALT: GLOBALE DIGITALWÄHRUNG?

Passend zur Einrichtung dieser Clearingstellen sorgte die Gründung des weltweiten Kontoführungssystems SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications) im Jahre 1973 für sichere Wege, auf denen Kontobewegungen weltweit über 11.000 angeschlossene Banken abgewickelt werden können. Clearing-System und SWIFT sind sozusagen die Entsprechung zur digitalen Informationsrevolution, für die Finanzwelt: alle Transaktionen sind gleich, ungeachtet der qualitativen und quantitativen Unterschiede. Sie sind nur noch anonyme Zahlenkolonnen: in diesem Zahlenbrei sind Einkünfte aus ehrlicher Arbeit nicht mehr zu unterscheiden von Einkünften aus Verbrechen. Man könnte hier von einer »Digitalisierung des Geldes« sprechen, denn die sich rasch entwickelnde Computertechnologie beschleunigt jene Transaktionen zusätzlich. Die durch CIA, IWF und Weltbank chaotisierte Weltordnung bietet ein ideales Biotop für unzählige neue Verbrecherorganisationen, die jetzt durch die Clearingstellen ihre Erträge ganz schnell und unauffällig weltweit äußerst gewinnbringend einsetzen und reinwaschen können. Hinzu kommen jetzt die berüchtigten Steueroasen oder Offshore-Banken, wo diese Erträge steuerbefreit für ihre Besitzer arbeiten können.

All diese Entwicklungen zusammengenommen laugen den Nationalstaat immer weiter aus, so dass wir jetzt jener beklagenswerten Ohnmacht ins Auge schauen müssen, die die tapferen sieben Juristen zu ihrem Notruf im Genfer Appell veranlasst hat.

RAUBRITTER UND PRÄSIDENTENDARSTELLER

Mit der Reagan-Administration kam das organisierte Verbrechen ins Weiße Haus. Ins Weiße Haus gekommen war Reagan dadurch, dass er die Geiseln aus der Teheraner US-Botschaft freikaufen ließ. Präsident Carter hatte den iranischen Revolutionswächtern bereits eine Lösegeldsumme angeboten. Das Reagan-Team bot mehr Lösegeld. Carter verlor nach dieser perversen Auktion die Wahl, und die Geiseln wurden fristgerecht zur Amtseinführung von Reagan nach Wiesbaden ins Hospital geflogen. Eine Clearing-Firma hatte den dreckigen Deal ermöglicht. Auf dieselbe Weise wurde dann auch die Iran-Contra-Affäre abgewickelt. Die rechtsextremen Terroristen in Nicaragua bekamen Waffen, die vom CIA durch den Verkauf von Kokain erwirtschaftet wurde. Das Kokain-Substrat Crack überschwemmte mithilfe der CIA US-amerikanische schwarze Communities.

Als die Sowjetunion mitsamt ihrer Satellitenstaaten implodierte, stürzten in das Vakuum hinein moderne Raubritter. Keine Justiz, keine Exekutive, keine Legislative konnten oder wollten die grassierende Kleptokratie im Wilden Osten aufhalten. Trotz des energischen Vorgehens des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist es bislang nicht zu einer vollständigen Rückführung des geraubten Volksvermögens gekommen. Speziell die deutsche Wiedervereinigung bereicherte Finanzgauner um mindestens zweihundert Milliarden Euro. Und während früher das Aufkommen neuer Eliten durch die so genannten »Räuberbarone« eine gewisse Zivilisierung derselben nach sich zog, ist eine solche Entwicklung im Augenblick nicht absehbar. Die sich gerade vollziehende Entsolidarisierung und Desintegration unserer Zivilisation durch das Corona-Regime schafft ein neues Vakuum, in das neue Finanzgangster hineingrätschen werden. Eine US-amerikanische Vermögensverwaltungsfirma verspricht ihren Kunden nach den Masseninsolvenzen durch das Corona-Regime »gewaltige neue Investitionsmöglichkeiten«.

ROUNDHOUSE-KICK GEGEN DIE DEMOKRATIE

Organisiertes Verbrechertum ist allgegenwärtig. In der Musikindustrie herrscht schon lange »Payola« vor. Das heißt, dass die Verkaufshitparaden manipuliert und bestochen sind. In den Radios, im Fernsehen und bei Youtube dominiert der Macho-Typ. Der »Hustler«, also der Zuhälter mit teurem Auto und unterwürfigen Frauen. Der »Gutmensch«, also ein Individuum, das Erfüllung daran findet, anderen Menschen zu helfen und ihnen eine Freude zu bereiten, ist so ziemlich das Verächtlichste, was sich finden lässt. »Der Ehrliche ist der Dumme« titelte schon TV-Promi Ulrich Wickert und verkaufte viele Bücher. Familienausflüge führen über die Reeperbahn, wo die neuesten Sexsklavinnen ausgestellt werden. Sie sind oftmals aus Osteuropa mit falschen Versprechungen für einen lukrativen Job nach Deutschland gelockt worden, um sodann hierzulande in Bordellen versklavt zu werden. Wir haben uns an all das gewöhnt und finden daran nichts Anstößiges mehr. Und der Dauerstress dank Corona bewirkt, dass wir schon gar nicht mehr weiter als über die Schranken des nackten Überlebens hinausdenken.

Dass vor unseren Augen die Schwachen und Behinderten einer ausgrenzenden Selektion unterworfen werden; dass alte Menschen durch Isolationsfolter einem vorgezogenen Tod zugeführt werden; dass Kinder mit Maskenzwang abgerichtet und traumatisiert werden wie Tiere; dass Wälder ruiniert werden mit der unsachgemäßen Behandlung durch Großmaschinen mit Namen Harvester; dass Nutztiere zu Produktionseinheiten degradiert werden – all das wird jetzt möglich dank der Ablenkung durch das Corona-Regime. Das Vorgehen der Pharmawirtschaft ist kriminell. Und all diese Effekte wären durch die geschilderten Veränderungen unserer Finanzarchitektur, durch die perfide Vernebelungstechnik des Clearing-Systems nicht denkbar.

Das sollte uns ein heilsamer Schock sein, damit wir Gesetz, Verfassung und Solidarität zurückholen.

MELDUNGEN

HUMANITÄRE KATASTROPHE

Hamburg/DW. Der Leiter des Instituts für Rechtsmedizin der Charité Berlin, Michael Tsokos, berichtete in der NDR-Talkshow vom 2.10. über die katastrophalen »Kollateralschäden« des Corona-Regimes: »Wir haben allein letzte Woche mehrfach Menschen obduziert, die seit dem Lockdown nie wieder aus ihrer Wohnung raus sind, die da fäulnisverändert in Messie-Wohnungen lagen, mit Gasmasken, mit Astronautennahrung. Das sehen wir jetzt ganz viel. Menschen, die nicht ins Krankenhaus gegangen sind, weil aufgrund der Drohszenarien die Angst überwog, rauszugehen.«

SPAHN WILL MASSNAHMEN FÜR IMMER

Berlin/DW. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will die Corona-Maßnahmen auf unbestimmte Zeit verlängern, wie er im Morgenmagazin des Regierungsfernsehens ARD/ZDF am Dienstag zugab. In seinem aktuellen Gesetzentwurf heißt es, die derzeitigen grundgesetzwidrigen Regelungen sollen »zum Schutz der Bevölkerung vor einer Gefährdung« »verstetigt« werden.

YOUTUBE ZENSIERT JOURNALISTEN UND ÄRZTE

Berlin/DW. Das Journalisten-Portal KenFM wurde am Montag von der Videoabspielplattform YouTube wiederholt gesperrt. Der Eingriff gehe laut der us-amerikanischen Internetplattform, die zum Monopolkonzern Google gehört, auf kritische Berichterstattung zurück: Anlass sei das Video »World Doctors Alliance: Better Normal, not New Normal – Berlin, 10.10.2020 – www.ACU2020.org«, abrufbar auf der Homepage kenfm.de. Laut Jebsen bereitet sich KenFM darauf vor, auf unabhängige Plattformen wie BitChute umzuziehen.

HILFSORGANISATIONEN FÜR DEMOKRATEN

Mannheim/Berlin/DW. Für änderungswillige Ärzte, Lehrer, Behörden- und Konzernmitarbeiter sowie Journalisten, die sich bislang der Regierungslinie gebeugt haben, bietet der Verein Mutigmacher e.V. konkrete Hilfen an, erreichbar über die Seite mutigmacher.org. Der Anwaltsverein KlagePATEN e.V. (klagepaten.eu) hilft bei Prozessen. Ferner: Stiftung ärzte-für-aufklärung.de und Anwälte für Aufklärung (www.afa.zone).

GESTAPO-METHODEN IN FLENSBURG

Flensburg/DW. Am 25. Juli wurde ein Kundgebungsteilnehmer gegen die Corona-Politik in Flensburg von zwei mutmaßlichen Staatsschutz-Agenten im Antifa-Look durch Tritte und Faustschläge anlasslos misshandelt. Danach griffen Polizisten das Opfer an, das sich vom Boden aufgerichtet hatte. Im Anschluss unterhielt sich der Einsatzleiter der Polizei freundschaftlich mit einem den »Antifa«-Agenten. Die Täter wussten nicht, dass sie bei ihrer gesamten Kollaboration aus zwei verschiedenen Positionen gefilmt worden waren. Das Video hat die Flensburger Gruppe der Verfassungsbewegung der Oberbürgermeisterin Simone Lange (SPD), der Ordnungsbehörde, Polizei und der Staatsanwaltschaft mit einer entsprechenden Strafanzeige zugeschickt. Die Staatsanwaltschaft teilte laut der Gruppe zuletzt mit, dass an einer Strafverfolgung »kein öffentliches Interesse« bestünde. Die Staatsjuristen verwiesen auf das »dynamische Demonstrationsgeschehen«.

POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von tausenden einzelnen Spendern und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit € 10.- in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE UND HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 24. Ausgabe ab Samstag, 24.Oktober 2020. | Redaktionsschluss war am 22. Oktober, 10:00 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« an A. Lenz, Vorstand K.D.W. e.V., **IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.**

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Jill Sandjaja, Sophia-Maria Antonulas, Ute Feuerstacke, Louise Lenz, Wolfgang Spraul, Hermann Ploppa, Johnny Rottweil, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Samuel Gfrörer, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Ullrich Mies, Alexander Richter, Erich Kartmann. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.